

# Lieferservice für die NSA

## BND-Spitzelei für »großen Bruder« bei Konzernen und Politikern: Künstliche Aufregung im Kanzleramt, Rücktrittsforderungen an Geheimdienstchef Schindler

Jana Frielinghaus

---

Der Verdacht war so neu nicht: Schon im Oktober vergangenen Jahres informierten *Süddeutsche Zeitung*, *NDR* und *WDR* über die enge Kooperation zwischen dem US-Geheimdienst NSA und dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND). Am Donnerstag legte *Spiegel online* mit einem Bericht über die anstandslose Übernahme von Ausspähaufträgen durch den BND nach, dessen Ziele offenbar neben Unternehmen wie dem Luft- und Raumfahrtkonzern EADS auch Politiker waren (siehe *jW* vom Donnerstag). Am Freitag zeigten sich Politiker aller Parteien empört, die Partei Die Linke forderte den Rücktritt von BND-Präsident Gerhard Schindler.

Für Schindler, der sich bislang gegenüber dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages mit besonderer Ignoranz hervorgetan hat – auf Einladungen zur Anhörung antwortete er nicht einmal, während andere Behördenchefs wenigstens eine Absage schickten –, könnte es eng werden. Denn noch am Donnerstag gab es eine Erklärung von Regierungssprecher Steffen Seibert, in der es hieß: »Im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht hat das Bundeskanzleramt technische und organisatorische Defizite beim BND identifiziert.« Deshalb habe man »unverzüglich Weisung erteilt, diese zu beheben«. Allerdings wollte sich Seibert am Freitag nicht zur Zukunft von Schindler äußern. Er hob stattdessen hervor, die Bundesregierung stehe weiter zur engen Zusammenarbeit mit den US-Geheimdiensten in der Terrorismusbekämpfung. Die neuen Vorwürfe würden im zuständigen parlamentarischen Gremium aufgeklärt.

Unterdessen stellte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe am Freitag klar, man habe

kein eigenständiges Ermittlungsverfahren zu den jüngsten Enthüllungen eingeleitet. Auf Anfrage der Nachrichtenagentur *AFP* teilte eine Sprecherin der Behörde mit, diese habe aufgrund von Medienberichten über Aktivitäten britischer und US-amerikanischer Nachrichtendienste in Deutschland bereits im Juni 2013 »einen Prüfvorgang angelegt«. Zuvor hatte Patrick Sensburg (CDU), Vorsitzender des NSA-Untersuchungsausschusses im Bundestag, im *ARD- »Morgenmagazin«* gesagt, der Generalbundesanwalt ermittle zu den neuen Vorwürfen gegen den BND. Die Strafverfolgungsbehörde habe »in den letzten Tagen auch Akteneinsicht in unsere Protokolle des Untersuchungsausschusses erbeten«. Die Behördensprecherin betonte demgegenüber, man beabsichtige im Rahmen des laufenden »Prüfvorgangs« auch die Erkenntnisse des Bundestagsausschusses einzubeziehen. »Ein Zusammenhang zu den aktuell gegen den Bundesnachrichtendienst erhobenen Vorwürfen« bestehe jedoch nicht. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei Die Linke, forderte am Freitag den Rücktritt von BND-Chef Schindler. Und Linksfraktionschef Gregor Gysi warf den Verantwortlichen Versagen vor. »Das Kanzleramt ist das Kontrollgremium. Entweder sie haben nichts gewusst, dann funktioniert die Kontrolle nicht«, sagte Gysi am Freitag morgen im *Deutschlandfunk*. »Oder sie haben es gewusst, dann hätten sie sich an rechtswidrigen Handlungen beteiligt.« Die SPD will die neuen Vorwürfe gegen BND und NSA zum Thema beim Spitzentreffen der Koalition am Sonntag abend machen. Sollte sich bewahrheiten, dass der US-Dienst mit Wissen der deutschen Behörde Wirtschaftsspionage und Spitzelei gegen Politiker betrieben habe, müsse das Konsequenzen haben, erklärte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel am Freitag und betonte: »Wenn der BND sich derart zum willfährigen Werkzeug der amerikanischen Geheimdienste gemacht hat, ist das ein Skandal der Sonderklasse.«

---

<http://www.jungewelt.de/2015/04-25/049.php>